

Medienorientierung 28. August 2008 in Däniken

Schaffung Koordinationsstelle für Gemeindefusionen

Frau Landammann Esther Gassler, Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements des Kt. Solothurn

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie fragen sich sicherlich, weshalb ich Sie für einmal nach Däniken zu einer Medienorientierung eingeladen habe? Nun, der Grund liegt darin, dass wir Sie über die Schaffung der am letzten Montag vom Regierungsrat beschlossenen Koordinationsstelle Gemeindefusionen gerade an einem konkreten Beispiel informieren möchten.

Dabei ist es mir wichtig, dass auch ein Vertreter einer betroffenen Gemeinde zu Wort kommt. In diesem Sinn möchte ich mich auch gleich zu Beginn beim Gemeindepräsidenten der Einwohnergemeinde Däniken, Gery Meier und Yvonne von Arx für das gewährte Gastrecht ganz herzlich bedanken.

Im Zusammenhang mit dem Fusionsprojekt zwischen den Gemeinden Walterswil und Däniken wurde festgestellt, dass das Bewusstsein der Fusionsförderung noch nicht bei allen Amtsstellen vorhanden ist bzw., dass sich Fusionsförderung nicht nur auf personelle und organisatorische Themen beschränkt, sondern dass auch Bereiche, wie z.B. die Raumplanung, das Schulwesen, der Tiefbau, usw. eine massgebliche Rolle spielen können.

Der Regierungsrat hat aufgrund dieser Erfahrungen das Amt für Gemeinden beauftragt, konzeptionelle Überlegungen zur Schaffung einer Anlaufstelle Fusionen anzustellen.

In der kantonalen Verwaltung, im Amt für Gemeinden, AGEM, soll eine klar deklarierte Koordinationsstelle geschaffen werden, welche bei departementübergreifenden Problemen die Interessen der fusionswilligen Gemeinden koordiniert und diesen Nachdruck verleiht. Dies gilt insbesondere für Projekte, welche für den Kanton von strategischer Bedeutung sind.

60 Gemeinden oder nahezu die Hälfte (47,6 %) der Einwohnergemeinden im Kanton Solothurn verzeichnen heute einen Einwohnerbestand unter 1'000 Einwohnern. Ein Viertel der Gemeinden (31 Gemeinden, 24,6 %) verfügen über einen Bestand von 1'000 bis 1'999 Einwohnern. Weitere 25 Gemeinden zählen 2'000 bis 4'999 Einwohner. Nur zehn Gemeinden registrieren mehr als 5'000 Einwohner.

Während bei den Einwohnergemeinden ab dem Jahr 1990 gerade fünf Zusammenschlüsse zustande kamen, ist bei den Bürgergemeinden ein klarer Trend zur Einheitsgemeinde, d.h. Zusammenschluss der Einwohner mit der Bürgergemeinde, zu erkennen. Der Bestand der Bürgergemeinden nahm im Vergleich zum Jahr 1992 um knapp einen Fünftel (18,5 %) ab.

Die Veränderung des Gemeindebestandes bei den Einwohner- und Bürgergemeinden stellt nur einen Teil der Entwicklung dar: Teilweise aufgrund kantonalen Gesetze (Bevölkerungsschutz, Volksschule, Sozialgesetz) hat sich die interkommunale Zusammenarbeit massiv verstärkt.

Die Schweizer Gemeinden arbeiten durchschnittlich in neun Aufgabenbereichen zusammen. Am weitesten verbreitet ist diese Zusammenarbeit in den Bereichen Spitex, Zivilschutz, Bildung, Feuerwehr, (Ab-) Wasserversorgung und Altersbetreuung. Hauptgrund für die Schaffung von Kooperationen ist die effiziente Erbringung von öffentlichen Aufgaben, respektive Dienstleistungen.

Ein Aspekt der interkommunalen Zusammenarbeit im Vergleich zu einem Gemeindezusammenschluss stellt die sogenannte "variable Geometrie der Gemeindegrösse" dar: Für unterschiedliche Aufgaben werden unterschied-

liche Radian geschaffen und die "Eigenständigkeit" der Territorialgemeinden bleibt dagegen (nominell) erhalten. Andererseits besteht bei interkommunalen Kooperationen die Gefahr eines "Kooperations-Dschungels": Je nach Sachgebiet finden sich gleiche, teilweise unterschiedliche Gemeinden zusammen. Es entstehen sich gegenseitig überlappende Gebilde, die ein schwer durchschaubares "Dickicht" darstellen. Dies führt zu einem Verlust der Autonomie der politischen Gemeinde, indem der Kompetenzbereich im betreffenden Aufgabenbereich eingeschränkt wird (personelle Belastung).

Im Unterschied zu vor zehn Jahren ist die Frage der Gemeindezusammenschlüsse heute unter den Gemeinden kein Tabu mehr. Derzeit sind mehrere Fusionsprojekte unter den Einwohnergemeinden in der Abklärungsphase (z.B. eben das Fusionsprojekt von Däniken - Walterswil).

Weitere Fusionsprojekte sind wahrscheinlich (Limpachtal, Unterleberberg, Olten). Einerseits werden sich die personellen und finanziellen Problemstellungen der kleinsten Gemeinden (der Kanton Solothurn verfügt über 30 kleine Einwohnergemeinden bis 500 Einwohner; dies entspricht gut 25 % des Einwohnergemeindenbestandes) noch akzentuieren. Andererseits ist abzusehen, dass die interkommunale Kooperation aufgrund des einhergehenden Autonomieverlustes der Kerngemeinde früher oder später an ihre politischen Leistungsgrenzen stösst. Dies gilt insbesondere auch für die Agglomerationsgebiete.

Aus diesem Grund hat der Regierungsrat beschlossen, eine Koordinationsstelle für Gemeindefusionen zu schaffen. Es soll in der Öffentlichkeit zur Kenntnis genommen werden, dass der Kanton Gemeindefusionen einen höheren Stellenwert beimisst. Gleichzeitig soll bei den Gemeinden die Hemmschwelle vor solchen Projekten abgebaut werden, in dem Sinne, dass sie wissen, dass sie vom Kanton eine Begleitung durch den gesamten Prozess hindurch in Anspruch nehmen können. Diese Ansprechstelle soll die Gemeinden bei Fragen und Problemen während des Prozesses begleiten.

Sie soll sich bei anderen Amtsstellen für fusionsfreundliche Lösungen einsetzen, um den vollen gesetzlichen Ermessensspielraum zugunsten von Fusionen nutzen zu können. Die Koordinationsstelle unterstützt Gemeinden bei der politischen Kommunikation und nimmt auf Wunsch der Behörden an Gemeindeversammlungen und Gemeinderatssitzungen teil.

Sie formuliert Anträge an den Regierungsrat, den Kantonsrat und die Bundesbehörden. Sie koordiniert Dienstleistungen im Bereich der Finanzberechnungen und sie spricht Gemeinden mit Schwierigkeiten aktiv auf das Thema Fusion an. Die Koordinationsstelle wird somit primär mit der operativen Begleitung und der Koordination der laufenden Fusionsprojekte in allen Projektphasen betraut werden (Gemeindeautonomie, Dienstleistung).